

Sicherheit ist, nach einer Phase geringeren Interesses, wieder stärker in den Vordergrund praktisch-politischer und wissenschaftlich-akademischer Aufmerksamkeit gerückt. Diese Renaissance hat mehrere Quellen. Eine, in der öffentlichen Wahrnehmung häufig dominierende, sind die Terrorschläge des 11. September und die Reaktionen darauf. Eine andere ist die Ausweitung des Sicherheitsbegriffes auf weitere Bedrohungen menschlicher Existenz, die die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Instrumenten der Schaffung von Sicherheit in Frage stellt (hierzu die Beiträge in Heft 1/2005 zum Konzept der »Human Security«). Schließlich ist nach dem Ende des Kalten Krieges die Unsicherheit in vielen Teilen der Welt stärker in den Blickpunkt auch der Privilegierten in Europa und Nordamerika geraten. Insbesondere in der Entwicklungszusammenarbeit hat in den letzten Jahren ein Umdenkprozess begonnen, in dem der Stellenwert von Sicherheit als Voraussetzung von Entwicklung zunehmend anerkannt wird.

Die Neubewertung von Sicherheit erfolgt damit aber auch auf veränderten Grundlagen. Sicherheit kann nicht mehr isoliert angestrebt werden, sie muss eingebettet sein in demokratische Entscheidungsprozesse und internationale Verrechtlichung, um den gewandelten Anforderungen zu entsprechen.

Damit wandeln sich auch die Anforderungen an diejenigen Institutionen, die für die Schaffung von Sicherheit – im skizzierten erweiterten Spektrum – verantwortlich sind oder sein sollten. International hat sich für diese notwendigen institutionellen Wandlungsprozesse der Begriff der Sicherheitssektorreform eingebürgert, manche sprechen auch von Sicherheitssystemreform oder von Sicherheitssektortransformation. Gemeinsam sind aber allen diesen Begrifflichkeiten die beiden Gedanken, dass erstens Sicherheit nicht nur von militärischen Streitkräften, sondern einem ganzen Spektrum von Trägern legitimer Gewaltausübung gewährleistet werden muss, die als ein »Sektor« einer Gesellschaft angesehen werden können, wie etwa der Gesundheitssektor, mit Krankenkassen, Krankenhäusern und so weiter, sowie, dass zweitens Sicherheit nur gewährleistet werden kann, wenn diese Institutionen in demokratischer und rechtsstaatlicher Weise kontrolliert werden.

Heiner Hänggi systematisiert in seinem einleitenden Beitrag den gegenwärtigen Stand der Überlegungen und Erfahrungen zur Sicherheitssektorreform. Er arbeitet die Anforderungen an »Sicherheitssektoren« und die Instrumente der

»Reform« heraus, betont aber auch die Notwendigkeit, den jeweiligen besonderen Bedingungen Rechnung zu tragen.

Willem van Eekelens Beitrag konkretisiert, auf der Grundlage langjähriger persönlicher Erfahrungen, Anforderungen und Instrumente der Sicherheitssektorreform am Beispiel der parlamentarischen Kontrolle von Streitkräften in Europa.

Dietrich Genschel ist einer der Pioniere der Beratung reformwilliger Streitkräfte aus einer Zeit, als der Begriff Sicherheitssektorreform noch unbekannt war. Sein Beitrag zeigt auch Potential und Grenzen des »Exports« deutscher Vorstellungen demokratischer Streitkräfte auf.

Wolf Poulet gründet seinen Beitrag auf persönliche Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Er fordert sehr viel mutigeres Vorgehen, gleichzeitig beschreibt er aber auch das Haupthindernis jeder Sicherheitssektorreform, nämlich die Verquickung von Herrschaftseliten und autokratischen Regierungen mit Militär, Polizei und Justiz.

In der »Dokumentation zum Themenschwerpunkt« findet sich zudem ein im **Utstein-Kreis** (die für die Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministerien Deutschlands, Großbritanniens, Kanadas, Norwegens und der Niederlande) erörtertes, bisher unveröffentlichtes Hintergrundpapier zu den Anforderungen an Transparenz und Kontrolle von Verteidigungshaushalten.

Außerhalb des Themenschwerpunkts drucken wir in der Rubrik »Beiträge aus der Sicherheitspolitik und Friedensforschung« einen referierten Aufsatz von **Hans Sachs** ab, der sich mit dem Problem der Durchsetzung von Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs beschäftigt.

Im »Forum« plädiert **Angelika Beer** für eine europäische Sicherheitspolitik »aus einem Guss«. **Martin Kahl**, **Achim Maas**, **Christian Mölling** und **Götz Neuneck** setzen sich kritisch mit dem von der EU ins Leben gerufenen europäischen Sicherheitsforschungsprogramm auseinander.

Die nächste Ausgabe von S+F wird sich im Schwerpunkt mit dem Thema »50 Jahre Bundeswehr« beschäftigen.

Michael Brzoska